

# INHALT

|   |    |
|---|----|
| <b>Erhebung und Kalkulation von Abwassergebühren (Teil 1)</b> . . . . . | 61 |
| Dr. jur. Peter Queitsch, Düsseldorf                                     |    |
| <b>Ermittlung des Beitragssatzes beim Gästebeitrag</b> . . . . .        | 64 |
| Dr. Thomas Schwarz, Koblenz   |    |

## Aus der Rechtsprechung

1. Wurde eine kommunale Satzung am gleichen Tage ausgefertigt und öffentlich bekannt gemacht, leidet sie aufgrund § 10 Abs. 2 Satz 1 GemODVO nicht an einem Ausfertigungs- oder Bekanntmachungsmangel.
2. Ortsbürgermeister, welche zugleich dem Verbandsgemeinderat angehören, sind grundsätzlich nicht von der Beratung und Entscheidung über die Verbandsgemeindeumlagesätze ausgeschlossen. Ob dies auch für die Festsetzung erhöhter Umlagesätze für einzelne Ortsgemeinden gilt, hängt von der Zahl der hiervon betroffenen Ortsgemeinden ab.
3. Zu Verbandsgemeindeumlagen mit verschiedenen Umlagesätzen, welche infolge einer Verbandsgemeindefusion erhoben werden können.

|   |    |
|---|----|
| OVG RLP, Urteil vom 4. 11. 2020 – 10 C 11760/19.OVG . . . . . | 69 |
|---|----|

Zu den rechtlichen Voraussetzungen des Erlasses einer Rechtsverordnung nach §§ 32, 28 IfSG in der aktuellen Coronapandemie siehe Beschlüsse des Senats vom 8. 11. 2020 – 3 EN 735/20: 10. 4. 2020 – 3 EN 248/20 –, vom 9. 4. 2020 – 3 EN 238/20 – und vom 8. 4. 2020 – 3 EN 245/20 – jeweils veröffentlicht in juris.

Es bestehen nach einer angesichts des tatsächlichen Umfangs und der rechtlichen Schwierigkeiten der Angelegenheit nur möglichen vorläufigen Einschätzung jedenfalls keine solchen Bedenken gegen die vorübergehende Schließung von Fitnessstudios durch die ThürSARS-CoV-2-SonderEindmaßnVO, die eine materielle Rechtswidrigkeit zwingend nahelegen.

Die ThürSARS-CoV-2-SonderEindmaßnVO verfolgt generell und mit ihren einzelnen Maßnahmen, wie der Schließung der Gastronomie, das legitime Ziel einer Kontaktreduzierung, das ein geeignetes und erforderliches Mittel zur Eindämmung der dynamisch ansteigenden pandemischen Lage ist. Allein die Einhaltung von Hygieneplänen führt nicht auf die gewollte Kontaktreduzierung.

[...]

|   |    |
|---|----|
| Thür. OVG, Beschluss vom 13. 11. 2020 – 3 EN 729/20 . . . . . | 73 |
|---|----|

Es ist zweifelhaft, ob die Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag anwendbar sind, wenn die Kosten für die Herstellung des Grundstücksanschlusses über den Abwasserbeitrag abgegolten werden.

|   |    |
|---|----|
| VG Karlsruhe, Urteil vom 8. 12. 2020 – 12 K 8048/19 . . . . . | 78 |
|---|----|